

ANFRAGE von Jacqueline Fehr (SP, Winterthur) und Dr. Ueli Mägli (SP, Zürich)

betreffend Sucht- und Aidsprävention an den Kantonalen Berufsschulen

1. Sucht- und Aidsprävention ist in aller Munde. Zweifelsohne kann die Prävention in der Bekämpfung von Süchten und Krankheiten einen Beitrag leisten. Dieser beinhaltet unter anderem, dass die potentiell Betroffenen in ihrer konkreten Lebenssituation angesprochen werden und dass auf deren gegenwärtige Lebenseinstellungen und -ziele eingegangen wird. Dieses Vorgehen wird im Konzept der Sucht und Aidspräventionsstellen der Städte Winterthur und Zürich in hohem Masse berücksichtigt mit der Folge, dass in den vergangenen Jahren immer mehr Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer vom Angebot der städtischen Sucht- und Aidspräventionsstellen Gebrauch machten. In diesem Zusammenhang stellt sich folgende Frage:
 - 1.1 Inwieweit wurde den Städten Winterthur und Zürich der Aufwand für diese Beratungen vom Kanton abgegolten?
2. Parallel zum Ausbau sowohl der städtischen Sucht- als auch der Aidspräventionsstellen wurde im Amt für Berufsbildung eine Stelle für Sucht- und Aidsprävention geschaffen. Hierzu stellen sich folgende Fragen:
 - 2.1 Wann wurde diese Stelle mit welchem Auftrag und mit welcher Zielsetzung geschaffen?
 - 2.2 Mit wievielen Stellenprozenten ist diese Stelle dotiert?
 - 2.3 Wie sieht das Konzept dieser Stelle aus? Wie tritt sie an die Jugendlichen heran? Steht sie in direktem Kontakt mit den Jugendlichen vor Ort oder beschränkt sie sich darauf, Informationsmaterial zu verschicken?
3. Die Rektorenkonferenz der kantonalen Berufsschulen wurde vor der Schaffung dieser Stelle nicht genügend in den Entscheidungsprozess miteinbezogen. Aus Sicht der Berufsschulen wäre es sinnvoller gewesen, weiterhin mit den städtischen Sucht- und Aidspräventionsstellen zusammenzuarbeiten.
 - 3.1 Aus welchen Überlegungen hat der Regierungsrat auf diesen Weg verzichtet?
 - 3.2 Hat er vorgängig eine Kosten-Nutzen-Rechnung angestellt? (Wieviele Klassen würden vom Angebot der bestehenden Sucht- und Aidspräventionsstellen Gebrauch machen? Wieviel müsste der Kanton dafür den verantwortlichen Gemeinden zahlen? Wieviel kostet die geschaffene Stelle? Was leisten die bereits existierenden Stellen im Vergleich mit der Stelle am Amt für Berufsbildung? usw.) Wie sieht diese Kosten-Nutzen-Rechnung aus?
 - 3.3 Ist der Regierungsrat bereit, sein Vorgehen noch einmal zu überdenken und - statt Parallelstrukturen aufzubauen - von bereits Bewährtem zu profitieren? Ist der Regierungsrat konkret bereit, die Stelle am Amt für Berufsbildung so zu konzipieren, dass sie mit den bereits vorhandenen und den noch entstehenden Sucht- und Aidspräventionsstellen der Gemeinden und Regionen zusammenarbeitet und diese sinnvoll ergänzt?

Jacqueline Fehr
Dr. Ueli Mägli